

**Niederschrift zur 14. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am  
Donnerstag, dem 11. August 2016 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes  
Vegesack, Gerhard-Rohlfs-Straße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 19:00 Uhr  
**Ende:** 21:50 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Heiko Dornstedt  
**Schriftführerin:** Maren Zilm

**Tagesordnung:**

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift zur 12. Sitzung vom 12. Mai 2016 und der 13. Sitzung vom 9. Juni 2016
3. Sachstand und weitere Entwicklung „Hartmannstift“
4. Integriertes Entwicklungskonzept für die Grohner Düne
5. Vergabe von Globalmitteln
6. Anträge und Anfragen der Parteien
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Mitteilungen des Beiratssprechers
9. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

**Anwesende Mitglieder:**

Eyfer Tunc	Hans-Albert Riskalla bis 21:15 Uhr
Peter Fahsing	Torsten Bullmahn
Wilfried Sulimma	Greta Frenzel
Joachim Riebau	Cord Degenhard
Gabriele Jäckel	Brigitte Palicki
Dr. Jürgen Hartwig	
Sabri Kurt	

**Es fehlten:**

Marvin Mergard	Thomas Pörschke
Klaus-Dieter Bless	Dr. Hans-Stephan Schlenker
	Günter Kiener

**Weitere Gäste:**

Frau Meyer	Immobilien Bremen
Frau Kreuzer	Senatorin für Soziales
Herr Donaubauer	Bauamt Bremen-Nord
Herr Prange	Senatskanzlei
Herr Voß	Polizei Vegesack

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste. Er erklärt, dass es eine neue Regelung gibt, dass in den Sitzungen nur noch mit Einverständnis der Redner Tonaufnahmen angefertigt werden dürfen. Die Beiratsmitglieder und die Referenten haben diese Einverständniserklärung unterschrieben. Diejenigen aus dem Publikum, die nicht möchten, dass ihr Redebeitrag aufgenommen wird, werden aufgefordert, vor ihrem Beitrag die Tonaufnahme abzulehnen. Falls sie sich dennoch im Protokoll wiederfinden wollen, mögen sie bitte das Gesagte schriftlich dem Ortsamt übergeben. Die Bürgerschaft wird sich mit diesem Thema befassen und eine gesetzliche Regelung herbeiführen.

Herr Dornstedt teilt mit, dass das Sitzungsgeld von bisher 20,45 Euro auf 25,00 Euro pro Sitzung erhöht wurde.

Weiterhin teilt er mit, dass Herr Bless den Fraktionsvorsitz abgibt und Herr Bullmahn die Aufgaben übernehmen wird.

Herr Dornstedt gibt zur Kenntnis, dass Vegesack über ein Stadtteilbudget in Höhe von 58277 Euro verfügen kann, um kleinere Maßnahmen im Straßenraum zu ermöglichen. Die Mittel sind übertragbar und es kann für größere Maßnahmen angespart werden. Es ist geplant, eine Prioritätenliste zu erstellen.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegen bereits Bürgeranträge vor:

Ein Anwohner der Sagerstraße beklagt die Vermüllung im Bereich der Straße Zur Vegesacker Fähre und bittet um Abhilfe.

Ein Bürger beantragt die Einrichtung von zwei Behindertenparkplätzen in der Vegesacker Rampe in Höhe der Sparda-Bank.

Ein weiterer Bürger beantragt, die Umsetzung von einigen Verkehrsschildern in der Hermann-Wegener-Straße, da sie von den Autofahrern zu spät wahrgenommen werden.

Ein Anwohner der Straße Auf dem Heidlande beantragt, dass die Straße Schönebecker Hagen, saniert wird. Auf dem Heidlande ist bereits erneuert und nur über den Schönebecker Hagen, der sich in einem desolaten Zustand befindet, zu erreichen. Der Zustand hat sich durch Baumaßnahmen noch weiter verschlechtert.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### Genehmigung der Niederschriften zur 12. Sitzung vom 12. Mai 2016 und der 13. Sitzung vom 9. Juni 2016

Die Niederschriften werden ohne Änderungen genehmigt.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### Sachstand und weitere Entwicklung „Hartmannstift“

Der Vorsitzende begrüßt Frau Kreuzer, Frau Meyer und Herrn Donaubaier und erinnert, dass der Beirat im Mai 2015 der Verkaufsausschreibung und der vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen im Hartmannstift zugestimmt hat. Seit etwa einem Jahr wohnen dort Flüchtlinge.

In einem Schreiben der Sozialbehörde vom 25. Mai diesen Jahres wurde mitgeteilt, dass die Nutzung des Hartmannstifts durch eine Baugenehmigung bis zum 14.09.2016 befristet ist und man im Beirat darüber berichten möchte.

Außerdem erinnert Herr Dornstedt, dass die Flüchtlingseinrichtung in der Lindenstraße im April dieses Jahres in Betrieb genommen wurde und dort bisher ca. 260 Menschen leben. Ab Oktober soll in diesem Gebäude die ZAST eröffnet werden und Platz für ca. 750 Menschen bieten.

Frau Kreuzer dankt für die Einladung und berichtet über die aktuellen Zahlen.

In diesem Jahr sind bereits 2434 Geflüchtete in das Land Bremen gekommen. Es zeichnet sich jedoch ab, dass noch weitere Flüchtende kommen werden, auch wenn die hohen Zuzugszahlen vom letzten Jahr nicht erreicht werden.

Im OA-Bereich Vegesack haben wir das Übergangwohnheim Johann-Lange-Straße mit 60 Plätzen, das Übergangwohnheim in der Steingutstraße mit 160 Plätzen und am Vegesacker Bahnhofplatz sind 80 Personen untergebracht. In der Lindenstraße sind im Moment theoretisch ca. 400 Plätze, dort leben aber derzeit 236 Personen und im Hartmannstift sind 230 Plätze wovon 114 Plätze belegt sind.

Die Behörde würde gerne einen Antrag stellen, um die Baugenehmigung bis zum Sommer nächsten Jahres zu verlängern, bis der Investor das Gebäude benötigt. Es ist geplant, das Gebäude zum Ende des Jahres aufzugeben und die Menschen nach und nach in Wohnungen bzw. Übergangwohnheime umziehen zu lassen. Die längere Baugenehmigung ist als Sicherheitsmaßnahme gedacht, um schnell auf steigende Zuzugszahlen reagieren zu können. Turnhallen und Zelte sind inzwischen alle als Notunterkünfte aufgegeben worden und mit dem leerstehenden Hartmannstift könne man schnell auf eventuelle Engpässe reagieren.

Frau Meyer erklärt, dass inzwischen ein Investor gefunden wurde. Gemeinsame Gespräche mit dem Bauamt Bremen-Nord haben bereits stattgefunden, im Moment wird über Details des Kaufvertrags verhandelt. In 2 Wochen soll ein Gestaltungsbeirat zusammentreten. Voraussichtlich im September soll der Haushalts- und Finanzausschuss um die Genehmigung des Verkaufs gebeten werden, damit im Anschluss der Vertrag geschlossen werden kann. Anschließend wird der Senator für Bau gemeinsam mit dem Investor den VE-Plan weiterführen. Im Sommer 2017 könnte ein gültiges Planungsrecht vorliegen. Theoretisch könnte die Sozialbehörde also bis Sommer 2017 die Räume im Hartmannstift nutzen.

Herr Donaubauer ergänzt, dass das Gestaltungsgremium am 23. August 2016 und dann nochmal nach drei Monaten zusammenkommen soll und die Ergebnisse anschließend dem Beirat vorgestellt werden sollen. Im Anschluss könnte ein vorhabenbezogener Bebauungsplan entwickelt werden.

Herr Kurt erklärt die Zustimmung der Linken zur Verlängerung der Baugenehmigung.

Herr Degenhard erkundigt sich, ob ein Plan-B vorliegt, falls der Investor wieder abspringt. Außerdem möchte er wissen, wann genau eine Belegung des Hartmannstiftes beendet werden soll.

Frau Meyer erklärt, dass in einem solchen Fall der zweite Bieter angesprochen werden würde.

Frau Kreuzer erklärt, dass der Hartmannstift grundsätzlich leergezogen wird, aber wenn es plötzlich stark steigende Zuzugszahlen gäbe, gerne auf den Hartmannstift zurückgegriffen würde, weil die Räume so sehr gut geeignet seien.

Herr Degenhard erklärt, dass die BIW einer Nutzung des Hartmannstifts bis Mitte 2017 nicht zustimmt.

Nach einer 10-minütigen Pause gibt Herr Sulimma für die SPD eine Erklärung ab. Die SPD befürwortete seinerzeit, dass das Hartmannstift für Geflüchtete genutzt wurde, um möglichst eine Unterbringung in Zelten und Turnhallen zu vermeiden. Die Fraktion begrüßt es, dass das Hartmannstift leergezogen werden soll, indem die Geflüchteten möglichst direkt in Wohnungen ziehen, und nicht erst noch in andere Notunterkünfte ziehen müssen.

Er kritisiert, dass das Hartmannstift für eine weitere Nutzung angedacht ist, denn der Stadtteil Vegesack ist durch die ZAST, wenn sie erst einmal richtig arbeitet, genug belastet. Es geht nur eines, entweder ZAST oder Hartmannstift. Zwei Einrichtungen belasten den Stadtteil zu sehr. Einen Antrag zur Nutzung des Hartmannstiftes bis Ende 2016 würde die SPD unterstützen, mehr jedoch nicht.

Herr Fahsing kritisiert, dass für solch ein Anliegen unkompliziert B-Pläne geändert oder aufgestellt werden können, aber eine Kindertagesstätte, deren Notwendigkeit seit Jahren bekannt ist, nicht auf der Rankingliste der anstehenden Aufgaben zu finden ist. Herr Kurt bitte den Beirat, den Hartmannstift notfalls doch noch länger als Notunterkunft zur Verfügung zu stellen, um Unterbringungen in Zelten und Turnhallen zu vermeiden.

Herr Riskalla erkundigt sich, wie lange die Geflüchteten jeweils im Hartmannstift leben und was mit der Ärztesprechstunde passiert.

Frau Kreuzer berichtet, dass zunächst die Menschen aus den Turnhallen und Zelten in Wohnungen oder Übergangwohnheime ziehen konnten, um diese Räumlichkeiten leer zu bekommen. Sie kann nicht genau sagen, wie lange die Menschen, die momentan im Hartmannstift leben, dort untergebracht sind.

In der ZAST wird die Erstuntersuchung der Geflüchteten stattfinden und eine ärztliche Versorgung angeboten.

Frau Kreuzer stellt klar, dass das Gebäude Lindenstraße ab Oktober eine Erstaufnahmestelle ist, deren Größe gesetzlich vorgeschrieben ist. Im Moment ist es noch eine Notunterkunft.

Mit einer Enthaltung wird folgender Beschluss gefasst:

***Eine Nutzung des Hartmannstiftes als Notunterkunft kann noch bis Ende 2016 verlängert werden.***

***Die dort lebenden Menschen sollen im vorderen Gebäudekomplex konzentriert werden und das Schwesternwohnheim sollte freigezogen werden.***

Herr Dornstedt verliest einen Brief an die Senatsbaudirektorin, der dem Beirat zur Kenntnis gegeben wurde, in dem die Anwohner fordern, im Gestaltungsgremium aufgenommen zu werden.

Herr Degenhard beantragt, dass dem Wunsch der Anwohner, 1 bis 2 Vertreter der Anlieger am Gestaltungsgremium zu beteiligen, gefolgt wird.

Herr Sulimma erklärt, dass es Anwohnerversammlungen gibt und er im Moment nicht bereit ist, dazu eine Entscheidung zu treffen.

Herr Donaubaueer erinnert, dass eine Anwohnerbeteiligung im Verfahren vorgesehen ist, aber in Gestaltungsgremien nicht üblich ist. Er wird dieses Begehren aber mitnehmen.

Herr Hartwig fragt, ob damit ein Grundsatz des geltenden Rechts durchbrochen würde. Die Bürger müssen aber angehört werden, und nicht nur, indem man ihnen einige Entwürfe vorlegt.

Der Beirat beschließt mit 5 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen und 4 Enthaltungen:

***Es sollen ein bis zwei Vertreter der Nachbarschaft des Hartmannstiftes am Gestaltungsgremium beteiligt werden.***

## **Tagesordnungspunkt 4**

### Integriertes Entwicklungskonzept für die Grohner Düne

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Prange und erinnert, dass der Beirat in seiner Sitzung am 21. Januar 2016 sich bereits mit dem Thema befasst hat und verliest den damals gefassten Beschluss.

1. Der Beirat Vegesack nimmt die Ausführungen zum integrierten Entwicklungskonzept Grohner Düne zur Kenntnis.
2. Die Eigentümer der Wohnanlage werden aufgefordert, ihrer sozialen Verantwortung für die Wohnkomplexe Grohner Düne gerecht zu werden, und die festgestellten erforderlichen Investitionen in der Grohner Düne vorzunehmen.
3. Der Beirat Vegesack fordert die senatorischen Behörden auf, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Grohner Düne bereitzustellen. Die Städtebauförderungsmittel sind ebenfalls bereitzustellen.
4. Den Bewohnern der Grohner Düne soll die Gelegenheit gegeben werden, sich inhaltlich in die Konzeptionierung einzubringen.
5. Der Beirat Vegesack bittet darum kontinuierlich über die Verhandlungsergebnisse informiert zu werden.

Er bittet Herrn Prange um einen Bericht zum Stand der Dinge.

Herr Prange berichtet, dass der Kooperationsvertrag unterzeichnet wurde und weist auf die wichtigsten Punkte in dem Vertrag hin.

- Grand City Property (GCP) bekennt sich zu umfangreichen Investitionen in und um die Grohner Düne.
- GCP erklärt sich bereit, alle derzeit leerstehenden Wohnungen nach Bedarf zu renovieren. Noch in diesem Jahr soll damit begonnen werden. Der Standard ist für solch eine Wohnanlage gut. Die Wohnungen werden z.B. mit Laminat und Einbauküchen ausgestattet.
- GCP hat ein Mietbüro eingerichtet, führt ein Belegungsmanagement durch und ist bereit in der Frage der Belegung mit der Behörde eng zu kooperieren.
- GCP stellt die bisherigen Flächen des Dünenwinds bzw. Nachbarschaftstreffe mietfrei zur Verfügung.
- GCP wird weitere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, in der das SOS – Kinderdorf mit einem Projekt für Kinder ab 11 Jahren einziehen soll. Die Verhandlungen über die notwendigen Umbauten laufen bereits.
- GCP ist perspektivisch bereit, noch weitere Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen wenn im Erdgeschossbereich Räume frei werden.
- GCP wird eine eigene Sozialarbeiterstelle schaffen, um Mieterberatung und Unterstützung bei Ämtergängen anbieten zu können.
- GCP wird zweimal die Woche mehrsprachige Mietersprechstunden anbieten.

Die Stelle des Quartiersmanagements muss allerdings in der Zukunft von der Stadt bezahlt werden. Das hält Herr Prange grundsätzlich für sinnvoll, denn das Quartiersmanagement hat ja die Aufgabe, gegenüber GCP-Interessen zu vertreten. Trotz der Einschränkungen hält Herr Prange das Ergebnis der Verhandlungen für gut. GCP zeigt sich als Unternehmen, das gewinnorientiert arbeitet, keine Geschenke macht, aber nicht unbedingt auf schnelle Gewinne aus ist. So wird die Sozialarbeiterstelle sicherlich eingerichtet, um die Mieter bei den Ämtergängen zu unterstützen, damit das Geld schneller fließt und die Miete zügig bezahlt wird.

Die Vereinbarung ist zwar kein Papier mit dem man für die Durchsetzung vor Gericht ziehen könnte, aber wenn GCP mit SOS-Kinderdorf einen Vertrag macht, dass keine Miete bezahlt werden muss, ist das eine gerichtsfeste Vereinbarung.

Auf die Frage, wieviel Geld GCP für die verabredeten Maßnahmen bekommen wird, erklärt Herr Prange, dass GCP kein Geld bekommt.

An Stadtfördermitteln sollen bis zum Jahr 2020 3,5 Mio. Euro für das Stadtgebiet, indem Sozialarbeit, Sicherheitsarbeit, Kinderbetreuung, Arbeitsförderung und vieles mehr, was den Menschen vor Ort zugutekommt, investiert werden. Außerdem werden städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt, die allerdings nicht Aufwertungsmaßnahmen ersetzen, die GCP in ihren Immobilien durchführen muss. So soll z.B. das Gelände auf dem das Horthaus steht, attraktiver gestaltet werden, damit Kinder und Familien eine höhere Aufenthaltsqualität dort haben werden. Auch eine sicherere Querung der Friedrich-Klippert-Straße wird überlegt, weil die Kinder oft die Ampel nicht benutzen. Aber auch GCP wird eine große Summe Geld in ihre Wohnanlage stecken müssen.

Herr Bullmahn ist skeptisch, dass in der Grohner Düne Änderungen eintreten werden. Er hält Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten für selbstverständlich und wundert sich, dass dies in dem Konzept steht. Er fürchtet, dass diese Maßnahmen für die teils beratungsresistenten Menschen in der Düne nichts bringen und wünscht sich, dass Bewohner, die sich nicht an die Regeln halten, auch einmal mit Konsequenzen rechnen müssen.

Herr Prange bedauert, dass die Menschen in der Grohner Düne in einer gewissen Pauschalität abgeurteilt werden und betont, dass er dort auch ganz ordentliche Menschen kennen gelernt hat, die ihrer Arbeit nachgehen wollen und in einem sauberen Umfeld leben wollen. Es gibt kein Patentrezept für die Düne und jetzt ist zunächst der Weg in die richtige Richtung einzuschlagen.

Herr Riskalla vermisst in dem Kooperationsvertrag verbindliche Aussagen und erinnert daran, dass Eigentum verpflichtet. Er hält den Vertrag für schlecht und fragt sich, wie man überhaupt solch einen Vertrag mit solch einem Vertragspartner und solch einer Firmierung schließen kann.

Herr Prange erinnert, dass die Firmierung von GCP legal ist und GCP nach geltendem Recht arbeitet. Es gibt keine Alternative, wenn an dem Standort Verbesserungen eintreten sollen.

Herr Donaubaueer ergänzt, dass die Brandschutzsaniierung noch läuft und nicht verhandelbar ist. Noch werden keine Wohnungen freigegeben. Auf Basis dieser Vereinbarung muss das Integrierte Entwicklungskonzept noch aktualisiert werden und vom Senat beschlossen werden. Anschließend geht es in die Umsetzungsphase. Es ist geplant, die Stelle eines Gebietsbeauftragten auszuschreiben, der sich projektsteuernd um die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen kümmert.

Herr Degenhard hält die Vereinbarung für eine gute Sache wenn ein größerer Teil der Abmachung eingelöst wird. Er äußert sich positiv über die von Herrn Prange geführten Verhandlungen, die er vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten hätte.

Frau Tunc möchte wissen, ob auch Wohnungen saniert werden, die bewohnt sind. Die Anwohner haben das Gefühl, dass in der Düne Veränderungen geplant sind, von denen nur die Außenwelt etwas hat.

Herr Sulimma ist auch positiv von den Ergebnissen des Vertrages überrascht. Wenn nur ein Teil davon umgesetzt wird, ist das schon eine gute Sache, ansonsten muss nochmals nachverhandelt werden. Er erinnert an die Beschlüsse des Beirates zum Bahnhofsvorplatz, der ja in unmittelbarer Nachbarschaft zur Grohner Düne liegt und nicht in Vergessenheit geraten darf. Er wünscht sich, dass im Haushalt Mittel für die Projektplanung Bahnhofsvorplatz eingestellt werden und anschließend auch Mittel für die Umsetzung der Planungen bereitgestellt werden.

Herr Kurt hält die Vereinbarung für eine Erpressung von Seiten von GCP und dankt Herrn Riskalla für die kritischen Worte. Er hätte sich mehr von den Verhandlungen erwartet.

Herr Hartwig hält den Einsatz des Bremen-Nord-Beauftragten für richtig und der sollte auch über den nächsten Wahltermin hinaus für Bremen-Nord erhalten bleiben.

Herr Bullmahn interessiert sich besonders für das Sicherheitskonzept für die Grohner Düne und fragt, ob die Wohnungsbaugesellschaft dazu schon Pläne hat.

Herr Prange bestätigt Frau Tunc, dass die Wohnungen nur betreten werden dürfen, wenn die Bewohner damit einverstanden sind. In den Verhandlungen ging es u.a. darum, wie mit Mängeln umgegangen werden soll. GCP hat z.B. zugesagt, dass innerhalb von 24 Stunden auf Reklamationen reagiert wird. In dem Konzept geht es um die Interessen der Menschen, die dort leben.

Er erklärt, dass es ein Sicherheitskonzept gibt, welches ein wesentlicher Bestandteil des Umgehens mit der Grohner Düne ist, aber nicht Bestandteil der Kooperationsvereinbarung ist.

Herr Prange berichtet, dass der Bahnhofsvorplatz in Planung ist und angegangen werden soll.

Eine Anwohnerin der Grohner Düne ist empört, dass über die Anwohner der Grohner Düne pauschal schlecht geredet wird. Sie bestätigt, dass GCP sich bemüht und dass die Situation sich insgesamt langsam verbessert. Sie lobt die Arbeit von Herr Prange.

Auf die Frage, ob auch eine vereinfachte Querung der Hermann-Fortmannstraße angedacht ist, erklärt Herr Prange, dass es nur um die Friedrich-Klippert-Straße geht.

Eine weitere Anwohnerin bedauert, dass es in dem Vertrag nicht genug um die Menschen geht. Sie hätte sich gefreut, wenn in dem Vertrag eine Zusage, dass in Bremen-Nord Ausbildungsplätze für junge Bewohner der Grohner Düne gestanden hätte. Sie bietet ihre Hilfe an, Ausbildungsplätze zu suchen, welche Herr Prange gerne annimmt.

Herr Hartwig stellt den Antrag der SPD vor.

Herr Kurt schlägt vor, das Wort „bitten“ durch „fordern“ zu ersetzen.

Herr Degenhard kritisiert, dass in der Vereinbarung Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber Deutschen bevorzugt werden und kündigt an, gegen den Antrag zu stimmen.

Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen:

***Die Stadtgemeinde Bremen wird aufgefordert, über die Wirksamkeit des in der Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Bremen und Grand City***

**Property genannten Programms für die Förderung der Erwerbstätigkeit u.a. von Bewohnerinnen und Bewohnern der Grohner Düne im IV. Quartal 2016 zu berichten.**

**Der Beirat fordert in diesem Zusammenhang auch um Berichterstattung über die Wirksamkeit auch der (sehr) frühen Förderungsmöglichkeiten für junge Menschen aus der Grohner Düne, um eine präventive Wirkung im Hinblick auf die Vermeidung von Erwerbslosigkeit junger Menschen erkennen zu können.**

**Der Beirat fordert in der Folge um eine jährliche Berichterstattung über die Wirkung des Programms der Förderung Erwerbsfähiger aus der Grohner Düne und der jungen Menschen sowie der gegebenenfalls erforderlichen Weiterentwicklung der Programme und Maßnahmen.**

Außerdem wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

**Der Beirat Vegesack bekräftigt seinen Beschluss, die erforderlichen Mittel für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Bahnhofsbereich inklusive des Vegesacker Hafens im Haushalt 2016/ 2017 einzuplanen und diese Planung durchzuführen und dem Beirat vorzustellen.**

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### Vergabe von Globalmitteln

Herr Dornstedt erinnert, dass der Beirat für die Sanierung des Spielschiffes 2000 Euro genehmigt hat. Inzwischen liegt ein detaillierter Kostenvoranschlag über 2200 Euro vor. Da alle zu erledigenden Arbeiten für wichtig gehalten werden, sollten die fehlenden 200 Euro nachbewilligt werden.

**Der Beirat stimmt der Vergabe von 200 Euro für die Sanierung des Spielschiffes mit einer Enthaltung zu.**

#### **Tagesordnungspunkt 6**

##### Anträge und Anfragen der Parteien

Dringlichkeitsantrag der SPD: Schnellst möglicher Baustart für die geplante Kita Fährer Flur.

Herr Fahsing begründet die Dringlichkeit mit den aktuell veröffentlichten Zahlen über fehlende Kitaplätze.

Die Dringlichkeit wird ohne Gegenrede einstimmig beschlossen, Herr Bullmahn hat nicht an der Abstimmung teilgenommen, er war nicht im Sitzungssaal.

Im Anschluss wird der Antrag einstimmig beschlossen:

**Die neue Kita Fährer Flur soll umgehend konkret geplant werden. Planungsbeginn soll bis November 2016 erfolgen. Es soll die schnellste Variante auf Basis der bereits vorliegenden Standard Kita Planung verwendet werden um effizient (kostengünstig, schnell und praktikabel) die Umsetzung dieser Baumaßnahme sicher zu stellen.**

**Zeitgleich soll umgehend der notwendige vorhabenbezogene Bebauungsplan aufgestellt werden. Baubeginn soll im Spätsommer 2017 erfolgen. Nur so ist eine Inbetriebnahme der Einrichtung im Jahr 2018 gesichert. (Zusage durch Staatsrat Jan Fries, Ressort Soziales, Schreiben vom 27.10.2015 an das Ortsamt Vegesack/Beirat Vegesack)**



Einstimmiger Beschluss.

Frau Tunc verliest den Antrag der SPD:

**Der Beirat Vegesack fordert und erwartet eine sofortige Ausschreibung der Stelle einer Quartiersmanagerin / eines Quartiersmanagers in der Grohner Düne und dessen unverzügliche Wiederbesetzung. Wir fordern gleichzeitig die Erhöhung des Stellenanteils auf eine Vollzeitstelle. Der Beirat Vegesack erwartet die Beteiligung des Ortsamtsleiters von Vegesack und eine / - r Vertreters / Vertreterin des Beirats Vegesack bei der Personalauswahl. Der Beirat Vegesack stellt fest, dass die Grohner Düne nachhaltig und positiv weiterentwickelt werden muss. Eine vakante Stelle Quartiermanager/ - in ist nicht hinzunehmen.**

Einstimmiger Beschluss.

Herr Dr. Hartwig verliest den Antrag der SPD:

**Der Beirat Bremen-Vegesack fordert die Geschäftsführung der Bremer-Bäder GmbH auf, ab der Freibadsaison 2017 das Freibad im Fritz-Piaskowski-Bad zu öffnen. Darüber hinaus wird die Geschäftsführung aufgefordert, Änderungen in den Nutzungsmöglichkeiten des gesamten Fritz-Piaskowski-Bades immer frühzeitig mit dem Beirat Vegesack zu kommunizieren, damit der Beirat in der Lage ist, unter Abwägung der Auswirkungen auf die Bürger/-innen, eine Bewertung abzugeben und seine diesbezüglichen Beschlüsse zu fassen.**

Einstimmiger Beschluss.

Herr Dornstedt liest den gemeinsamen Antrag vor:

**Die Rechtsauffassung des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen wird durch den Beirat Vegesack angezweifelt. Die Senatskanzlei wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Entscheidung darüber herbeizuführen, dass in den Sitzungen des Beirates Vegesack, seiner Ausschüsse sowie weiterer öffentlicher Veranstaltungen, über die durch das Ortsamt ein Protokoll zu fertigen ist, die Aufzeichnung des gesprochenen Wortes grundsätzlich zugelassen wird. Hierbei sollen die bestehenden Regelungen, wie sie für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft und ihrer Deputationen gelten, angewendet werden.**

Einstimmiger Beschluss.

Herr Dornstedt, erinnert daran, dass am 17. August 2016 der Regionalausschuss Bremen-Nord tagen wird. Er empfiehlt dem Beirat, den Ausschussmitgliedern ein Votum des Beirates Vegesack zur Angebotsoptimierung der BSAG-Linien mitzugeben und verliest einen Beschluss-Entwurf.

Herr Degenhard schlägt eine Verschärfung des Antrages vor, denn die Änderungen sind nicht akzeptabel für die Vegesacker Bevölkerung.

Herr Dornstedt schlägt folgende Beschlussformel vor.

**Der Beirat Vegesack lehnt die beabsichtigte Einstellung der Linien 87 sowie 98 und 99 der BSAG ab.**

**Die Erreichbarkeit dieses Teils von Aumund - Hammersbeck mit dem ÖPNV ist auch zukünftig in einer kundenorientierten Taktung sicherzustellen. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, hierüber die entsprechenden Vereinbarungen mit der BSAG zu schließen.**

Einstimmiger Beschluss.

Die Anfrage der CDU zur Kanalisation wird ebenfalls beschlossen:

**In Zeiten stetig zunehmender Naturkatastrophen, verbunden mit Starkregen und Überschwemmungen in bisher nicht gekannten Ausmaßen, stellen sich für die CDU Beiratsfraktion folgende Fragen:**

- 1. Haben die im Ortsamtsbereich Vegesack vorhandenen Abwasser Kanäle ein genügend großes Volumen, um die anfallenden Wassermassen bei Starkregen und Hagel abzuleiten, oder gibt es Schwachstellen, wenn ja wo befinden sich diese?**
- 2. Sind auch Hauseigentümer von einer evtl. Sanierung ihrer Regenwasser Kanäle betroffen, wenn das Volumen zu klein ist?**

**Da Hanse- Wasser der Betreiber des Kanal-Netzes in Bremen ist, bitten wir zeitnah um die Beantwortung unserer Fragen.**

## **Tagesordnungspunkt 7**

### Mitteilungen des Ortsamtsleiters

#### Bürgerantrag vom 09.06.2016 – Zustand der Überholspur auf der A270

Das Amt für Straßen und Verkehr teilte dem Ortsamt Vegesack mit Datum vom 22. Juni 2016 mit, dass keinerlei Gefahren für Verkehrsteilnehmer jeglicher Art zu erkennen waren. Optische Veränderungen, die einer Spurrinne ähnlich sehen, stellen keine Gefährdung dar.

#### Situation Polizei Vegesack – Einsatz von Kontaktpolizisten im Stadtteil

Antwortschreiben von Inneres:

Aufgrund der derzeitigen Personalsituation bei der Polizei und der aktuell hohen Belastungssituation in ganz Bremen ist es nicht uneingeschränkt möglich, alle frei werdenden oder zurzeit schon unbesetzten Stellen zeitnah zu besetzen. Das Revier Vegesack hat eine Sollstärke von 24 Beschäftigten. Neben Sachgebiets- und Verkehrssachbearbeiter sind 16 Stellen für den Revier- und Einsatzdienst und 5 für den Kontaktdienst vorgesehen. Bis auf eine KOP Stelle, sind alle Funktionen des Reviers besetzt. Auch wenn Stellen unbesetzt bleiben, wird darauf geachtet, dass dies nicht zu Lasten der Sicherheit in den einzelnen Stadtteilen geht.

#### Bremer Bäder – Antwort zum Beschluss des Beirates vom 14.04.2016

Die umfangreiche Antwort der Bremer Bäder GmbH vom 07.06.2016 wurde den Fraktionssprechern bereits zur Verfügung gestellt.

#### Wartezeiten BSC – Antwort zum Beschluss des Beirates vom 09.06.2016

Der Senator für Inneres teilt mit, dass das BSC- Nord durch eine Nachwuchskraft und eine eingearbeitete Teilzeitkraft (ab 1.09. Vollzeitkraft) verstärkt wurde und so die Bearbeitungs- und Wartezeiten reduziert werden können. Allerdings werden sich aufgrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen, Wartezeiten auf einen Termin und für Spontankunden nicht gänzlich vermeiden lassen können. Not- und Eilfälle sollen jedoch vorrangig bearbeitet werden.

#### Brücke Braut-Eichen – Antwort zum Beschluss des Beirates vom 09.06.2016

Das ASV schließt sich der Einschätzung der Polizei an und spricht sich weiterhin für den Erhalt der momentanen Verkehrsführung aus.

Das Polizei-Revier Vegesack erklärte, dass bisher lediglich eine Beschwerde über die angebrachten Schwellen vorlag. Die Polizei hat mit ihrem Oldtimer an der Strandlust Oldtimer Classic teilgenommen, die mit über 100 Fahrzeugen über die Brücke führte. Bis auf zwei Fahrzeuge, die eine andere Route wählten, nutzten alle Oldtimer die Brücke. Es gab keinerlei Beeinträchtigungen oder nachträgliche Beschwerden. Dies spricht für den Erhalt der momentanen Verkehrsführung, zumal als Alternative lediglich eine Vollsperrung in Frage kommt.

#### **Tagesordnungspunkt 8**

##### Mitteilungen des Beiratssprechers

Es liegen keine Mitteilungen vor.

#### **Tagesordnungspunkt 9**

##### Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, Herr Dornstedt wünscht einen schönen Abend

Ende der Sitzung 21:50 Uhr.

Dornstedt  
Vorsitzender

Zilm  
Schriftführerin

Dr. Hartwig  
Beiratssprecher